**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN Drucksache 16/**

16. Wahlperiode

04. März 2015

**Antrag**

**der PIRATEN Fraktion**

**Verpflichtende Kennzeichnung bei der Verwendung von Bisphenol A**

**I. Ausgangslage**

Krebs und Herz-Kreislauf Erkrankungen gehören zu den häufigsten nicht natürlichen Todesursachen weltweit. So starben im Jahre 2013 in Deutschland über eine halbe Millionen Männer und Frauen aufgrund von Herz-Kreislauf Erkrankungen und Tumoren. Gesundheitliche Schäden des menschlichen Organismus treten in letzter Zeit zunehmend häufig in Zusammenhang mit künstlichen Stoffen auf. Seien es künstliche Mineralfasern, PCB oder auch Bisphenol A. Bisphenol A, kurz BPA genannt, steht im Verdacht eine verringerte Spermienzahl, Frühreife aber auch Verhaltensstörungen zu verursachen. Die Süddeutsche Zeitung veröffentlichte bereits 2010 einen Artikel, der aussagt, dass 138 von 152 zu den Auswirkungen von BPA durchgeführte Studien vor möglichen Gefahren warnen. Herz-Kreislaufprobleme, Diabetes, Fettleibigkeit und die Störung der männlichen Sexualfunktion, sollen im Zusammenhang mit BPA stehen. Rund 4 Millionen Tonnen des Stoffes werden jährlich weltweit hergestellt.

BPA, ein Weichmacher, findet seine Verwendungen in Farben, sowie Kunst- und Klebstoffen. Dadurch findet man BPA in vielen Gegenständen des alltäglichen Lebens - Konservendose, Wasserkocher und die Dose fürs Pausenbrot. Zur Freisetzung und Aufnahme von BPA kann es schon bei der Verwendung dieser profanen Gegenstände kommen. Denn durch das Zusammentreffen mit Säuren und Laugen, oder durch das Aufheizen der behandelten Stoffe, wird das darin enthaltene BPA freigesetzt. Das gilt auch für die Fruchtsäure im Apfel, die Lauge im Spülwasser, oder die Hitze, wenn man diese Dosen verwendet, um das Essen in der Mikrowelle zu erhitzen.

BPA finden wir auch da, wo man es erstmal nicht vermuten würde: In der Beschichtung von Thermopapier, Trinkflaschen, Wasserrohren oder Tanks zur Weinlagerung, also in fast allen Lebensbereichen der Verbraucher.

Weitergehende Studien der EFSA liefern bisher keine eindeutigen Ergebnisse, da zur weiteren Bewertung derzeit noch auf eine US-amerikanische Studie, die in diesem Jahr endet, gewartet wird. Fest steht aber, dass es derzeit nicht möglich ist, negative Auswirkungen auf den menschlichen Organismus auszuschließen. Aus diesem Grund hat die EU die tägliche tolerierbare Aufnahmemenge (TDI) von 50 Mikrogramm auf 4 Mikrogramm pro Kilogramm Körpergewicht am Tag reduziert. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, dass BPA Auswirkungen auf Leber und Nieren hat. Zudem kann nicht ausgeschlossen werden, dass BPA Auswirkungen auf das Fortpflanzungs-, Immun-, Stoffwechsel-, Herz-Kreislauf und Nervensystem verursacht. Auch der mögliche Zusammenhang mit Krebserkrankungen ist bedenklich.

Weltweit haben z.B. Frankreich und Kanada die Verwendung von Bisphenol A verboten. Auf EU Ebene ist bis jetzt nur die Verwendung von BPA bei der Herstellung von Babyflaschen verboten.

Solange nicht eindeutig geklärt werden kann, dass sich BPA nicht negativ auf den menschlichen Organismus auswirkt, sollte dieser Stoff für den Verbraucher besonders gekennzeichnet werden, sodass dieser selbst die Entscheidung treffen kann, auf derartige Produkte zu verzichten. Es ist wichtig, dass die Verbraucher aufgeklärt werden, denn nur aufgeklärte Verbraucher können bewusste Entscheidungen treffen.

**II. Der Landtag stellt fest**

Bei der alltäglichen Anwendung von Stoffen, die mit Bisphenol A behandelt wurden, oder in dem BPA ein Bestandteil ist, gibt es laut den aktuellsten veröffentlichten Studien Hinweise auf eine potentielle gesundheitliche Gefährdung. Nicht ausgeschlossen sind: Eine Auswirkung auf Leber und Nieren, auf das Fortpflanzungs-, Immun-, Stoffwechsel-, Herz-Kreislauf- und Nervensystem, sowie das endokrine System. Zudem besteht der Verdacht auf einen Zusammenhang zwischen der Einnahme von BPA und der Entwicklung von Krebs.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen eine Möglichkeit haben, bewusst mit diesem Stoff umzugehen.

**III. Beschluss**

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zur entsprechenden Kennzeichnung von Bisphenol A auf den Weg zu bringen; insbesondere in der Lebensmittelindustrie und bei den Getränkeverpackungen. Verbrauchsverpackungen von Lebensmittelen sowie Konserven und Kunststoffdosen, die BPA enthalten, sollen als Solche gekennzeichnet werden. Das schließt Kunststoffflaschen und Getränkebehältnisse mit ein. Außerdem sollen die Beschichtungen im Haushalt, aber auch bei der Wasserzufuhr, oder in großen Industrietanks, in dem Konsumgüter produziert werden, als BPA-haltig deklariert werden.

Marc Olejak

Joachim Paul

Simone Brand

und Fraktion